

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Montag, dem 23.11.2015, im Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf
(4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende : 16:57 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Einwohnerfragestunde gemäß § 12 der Geschäftsordnung	4
2.	Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019	149/2015 5
3.	Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016	173/2015 7
4.	Sachstandsbericht unbegleitete minderjährige Ausländer	172/2015 9
5.	Gewährung eines Zuschusses zu den Ausstattungs-/Einrichtungskosten für die neue Gruppe in dem Evangelischen Paul-Gerhardt-Kindergarten in Telgte	179/2015 10
6.	Gewährung eines Zuschusses für die Kindertageseinrichtung "Biberburg" in Sendenhorst-Albersloh wegen eines Wasserschadens	180/2015 11
7.	Rahmenvereinbarung zum Ausschluss der Tätigkeit einschlägig Vorbestrafter in der Kinder- und Jugendhilfe	124/2015 12

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Arnkens-Homann, Dagmar	<i>stimmberechtigt</i>
Bitter, Margret	<i>stimmberechtigt</i>
Blex, Klaus Dr.	
Brinkmann, Sandra	
Cajo, Karina	
Claßen, Anne	<i>stimmberechtigt</i>
Dufhues, Hannelore	Vertretung für Frau Astrid Birkhahn <i>stimmberechtigt</i>
Fiedlers, Nils	<i>stimmberechtigt</i>
Grap, Valeska	<i>stimmberechtigt</i>
Hein-Kötter, Dorothea	<i>stimmberechtigt</i>
Hermans, Pia	
Kost-Ateser, Annegret	Vertretung für Herrn Ralf Topp <i>stimmberechtigt</i>
Kraft, Herbert	<i>stimmberechtigt</i>
Laubinger, Wolfgang	
Laufkötter, Martina	
Luster-Haggeney, Rudolf	Vorsitzender - <i>stimmberechtigt</i>
Pley, Daniela	
Schmal, Ferdi	<i>stimmberechtigt</i>
Schmedding, Dirk	Vertretung für Frau Ursula Pinnekamp <i>stimmberechtigt</i>
Schulze-Niehues, Barbara-Anna Rektorin	
Spanke, Michael	
Strecker, Rita	<i>stimmberechtigt</i>
Strübbe, Robert	<i>stimmberechtigt</i>
von der Verwaltung	
Baumers, Stephan	
Börger, Heinz Dr.	
Brehm, Lena	
Darpe, Susanne	
Frölich, Anke	

Funke, Stefan Dr.
Peters, Frank
Rüting, Wolfgang
Walendi, Dennis

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Brockmann, Dagmar
Budde, Reinhard
Horstmeyer, Heinz
Pinnekamp, Ursula
Topp, Ralf
von der Verwaltung
Gericke, Olaf Dr.

Herr Luster-Haggeney eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er stellt fest, dass der Ausschuss mit der Einladung vom 04.11.2015 form- und fristgerecht geladen wurde. Er merkt zudem an, dass Frau Brockmann sich für die Sitzung entschuldigen lässt. Da auch Herr Diekhoff verhindert ist, bleibt der Platz der FDP-Kreistagsfraktion in dieser Sitzung unbesetzt. Sodann stellt er fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Der Vorsitzende weist auf die an den Plätzen vorliegende Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt I./3. (Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2016) hin. Diese wurde den Ausschussmitgliedern bereits vorab per Email zur Verfügung gestellt.

Anschließend stellt Herr Luster-Haggeney fest, dass Herr Schmedding und Herr Laubinger in dieser Wahlperiode das erste Mal an einer Sitzung teilnehmen und somit verpflichtet werden müssen. Durch Vorlesen der Verpflichtungsformel und das Erheben von ihren Plätzen bekunden Herr Schmedding und Herr Laubinger ihr Einverständnis.

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde gemäß § 12 der Geschäftsordnung
--

Herr Luster-Haggeney stellt fest, dass keine Einwohner an der Sitzung teilnehmen.

2.	Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019	149/2015
-----------	--	-----------------

Herr Luster-Haggeney bittet Herrn Dr. Funke, die Konsolidierungsvorlage zunächst allgemein vorzustellen. Anschließend soll Herr Rütting die in Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Punkte unter 2.2 der Vorlage weitergehend erläutern.

Herr Dr. Funke macht die allgemeine Haushaltssituation des Kreises deutlich. Allein die Sozialausgaben (LWL-Umlage, Jobcenter, Sozialamt und Jugendamt) machen mittlerweile fast $\frac{3}{4}$ der gesamten Aufwendungen des Kreises aus.

Frau Claßen nimmt ab 15:05 Uhr an der Sitzung teil. Frau Brinkmann kommt um 15:07 Uhr hinzu.

Herr Rütting geht auf die Konsolidierungsmaßnahmen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien ein. Er veranschaulicht, dass alle Aufwendungen des Jugendamtes entweder direkt – z.B. bei den Hilfen zur Erziehung – oder indirekt – wie z.B. bei den frühen Hilfen – Leistungen sind, die auf Grund von Rechtsansprüchen Dritter erbracht werden. Insbesondere im OGS-Bereich werden derzeit ca. 180 Kinder in allen Grundschulen des Kreises, bis auf eine, gefördert. Mit den Aufwendungen des OGS-Konzeptes werden derzeit umgerechnet in etwa 18 Sozialarbeiterstellen an den Schulen finanziert. Die Leistungen werden dabei von den jeweiligen OGS-Trägern erbracht. Das OGS-Konzept, welches auf den schulischen Nachmittag ausgelegt ist, soll mit dem Übergangsmanagement II zunehmend auf den schulischen Vormittag ausgeweitet werden. Hierbei besteht die Absicht, Kinder mit einem besonderen Förderbedarf schon im Übergang von der Kita zur Grundschule zu erkennen und zu fördern. Ggf. kann hierdurch auch in Einzelfällen der Einsatz eines Integrationshelfers nicht mehr erforderlich werden. Herr Rütting berichtet weiter über das St. Klara Konzept. Hier bestehen vertragliche Vereinbarungen mit der Erziehungshilfe St. Klara des Caritasverbandes des Kreises Warendorf, welche eine feste Abnahme von 30 Plätzen vorsieht. Das Konzept ist mittlerweile voll ausgebaut. Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien profitiert durch die feste Abnahme von niedrigeren Tagessätzen, die für einen Regelplatz beispielsweise bei ca. 113 €/Tag liegen. Regelplätze in vergleichbaren Heimeinrichtungen im Umkreis liegen derzeit bei ca. 140 €/Tag. Allein hierdurch werden jährliche Einsparungen von rund 250 T€ erzielt, ohne dafür Leistungen aufzugeben. Im Gegenteil führt die enge Zusammenarbeit im Rückführungskonzept dazu, dass die Verweildauer von jungen Menschen in Heimen verringert werden konnte, indem Eltern dazu befähigt werden, die Erziehung selbst wieder adäquat erbringen zu können.

Letztlich weist Herr Rütting auf die guten Erfahrungen an der Teilnahme am interkommunalen IKO-Vergleichsring unter Begleitung der KGSt (*Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement*) hin. Hierzu zeigt und erläutert er dem Ausschuss anhand einer Powerpoint-Präsentation einige Ergebnisse aus dem interkommunalen Vergleich (*Anmerkung: die Charts werden dem Protokoll als Anlage beigefügt*). Weitere Ergebnisse werden im Jahresbericht vorgestellt und erläutert.

Frau Hermanns hinterfragt, ob die Ergebnisse vergleichbar sind, da in den Kreisen unterschiedlich viele Einwohner leben und somit auch den Ergebnissen zugrunde liegen. Herr Rüting führt aus, dass sich die Teilnehmer auf festgelegte Parameter bei der Erhebung geeinigt haben, damit auch verschiedene Strukturen und Regionen vergleichbar gemacht werden können.

Für Herrn Fiedlers ist ausreichend Personal erforderlich, um strukturell und qualitativ gute Arbeit zu leisten. Personal ist dabei ein wesentlicher Faktor bei den Ausgaben. Die Vorlage enthält hierzu leider wenig Konkretes, wie z.B. einen Fallschlüssel bzgl. x-Fälle pro Mitarbeiter. Herr Rüting weist hierzu auf die Empfehlungen der Gemeindeprüfungsanstalt hin, die von einem Fallschlüssel von 30 HzE-Fällen pro ASD-Mitarbeiter ausgehen. Im Frühjahrs-Ausschuss soll dabei nochmal die Personalsituation des Jugendamtes veranschaulicht werden.

Auch für Frau Arnkens-Homann sind die Personalkosten ein wesentlicher Faktor. Ohne ausreichend Personal können keine adäquaten Hilfen geleistet und gesteuert werden. Sie befürchtet, dass Konsolidierung zum Einsparen von Personal führen wird. Hierzu führt Herr Dr. Funke aus, dass Personal nicht der Faktor ist, durch den im Jugendamt der Haushalt konsolidiert werden soll. So gelten beispielsweise für das Jugendamt keine Wiederbesetzungssperren, die in den übrigen Ämtern vorgesehen sind, um Einsparungen zu erzielen. Es sollen, wenn möglich, keinerlei Vakanzen entstehen.

Frau Arnkens-Homann hinterfragt darüber hinaus die Ausrichtung „ambulant vor stationär“. Die Erbringung von frühen Hilfen sowie die Ausrichtung der Arbeit des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien darauf erscheinen wichtig. Ebenso muss jedoch der Ausbau des stationären Angebotes mit qualitativ hochwertigen Konzepten ausgebaut werden. Die Beteiligten unterstützen dies.

Da es keine weiteren Fragen gibt, verliert Herr Luster-Haggeney den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Das Rahmenprogramm zur Haushaltskonsolidierung 2016 bis 2019 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Ja 14

3. Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016**173/2015**

Herr Luster-Haggeney geht die in Zuständigkeit des Ausschusses stehenden Seiten des Haushaltsplanentwurfes (S. 239 - 279) einzeln durch.

Auf Seite 249 verweist Frau Darpe auf die vorliegende Veränderungsliste und erläutert kurz die Änderung.

Auf Seite 253 weist der Vorsitzende auf den Antrag des SKF e.V. vom 02.10.2015 hin. Frau Arnkens-Homann erläutert diesen kurz und bittet darum, dass die Entscheidung über den Antrag auf die nächsten Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages vertagt wird. Alle Ausschussmitglieder sind einverstanden.

Auf Seite 271 verweist Frau Darpe auf die Veränderungsliste. Sie erläutert die erforderliche Veranschlagung der Kosten für die Betreuung und Begleitung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA). Da sowohl für die Aufwendungen als auch für die erhöhten Sach- und Personalkosten im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien eine Kostenerstattung des Landes NRW vorgesehen ist, wirken sich diese Kosten voraussichtlich neutral auf die Jugendamtsumlage aus.

Auf Seite 277 verweist Frau Darpe auf die Veränderungsliste. Auf Grund der neuesten Kalkulation kann der Ansatz für die Elternbeiträge für die Betreuung in Kindertagesstätten um insgesamt 80 T€ gegenüber dem Haushaltsansatz erhöht werden; in der Veränderungsliste wurde noch von einer Erhöhung um 40 T€ ausgegangen. Herr Dr. Funke macht klar, dass durch die genannten Veränderungen sowie die positive Entwicklung der Umlagegrundlagen der Städte und Gemeinden der Umlagesatz auf 17,7 % gesenkt werden kann. Dies ist umso erfreulicher, da im Eckdatenpapier noch von einem Umlagesatz von 17,9 % ausgegangen wurde.

Frau Pley hinterfragt die steigenden Elternbeiträge. Sie möchte wissen, ob die Vergabe von Kita-Plätzen u.a. davon abhängig ist, ob die Eltern einen Elternbeitrag aus ihrem Einkommen zahlen können. Herr Dr. Funke stellt klar, dass keine Steuerung oder Auswahl anhand der Einkommenssituation erfolgt. Herr Rüting verweist auf den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und erklärt das Verfahren zur Vergabe. Frau Darpe merkt an, dass sich die Eltern zunächst bzgl. ihres Einkommens selbst einschätzen. Bei Nachüberprüfungen dieser Selbsteinschätzung, die erst einige Zeit später erfolgen, ergibt sich in vielen Fällen eine zu geringe Einstufung, da tatsächlich mehr verdient wurde. Die Mehrerträge ergeben sich zu einem großen Teil aus den Nachüberprüfungen.

Herr Fiedlers bedankt sich für den Entwurf des Haushaltsplans 2016 und bemerkt, dass darin umfangreiche Arbeit der Mitarbeiter der Verwaltung steckt. Er betont, dass die FWG-Kreistagsfraktion nur dem Haushaltsentwurf des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien zustimmen wird. Dies gilt jedoch ausdrücklich nur für diesen Teil.

Frau Arnkens-Homann macht deutlich, dass sich die SPD-Kreistagsfraktion enthalten wird.

Da es keine weiteren Nachfragen gibt, verliert Herr Luster-Haggenev den beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag des SKF e.V. vom 02.10.2015 wird auf die nächste Sitzung des Kreis-ausschusses und des Kreistages vertagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

Dem Entwurf des Haushaltsplanentwurfs 2016 wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien gegeben ist, mit den erläuterten Änderungen der vorliegenden Veränderungsliste zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 8 Enthaltungen 6

4. Sachstandsbericht unbegleitete minderjährige Ausländer**172/2015**

Herr Rütting macht deutlich, dass es sich derzeit um eine einzigartige Situation handelt, die das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien vor besondere Herausforderungen stellt. Für das Jahr 2015 werden seitens des Landes NRW ca. 8.500 UMA's erwartet. Hinzu kommen noch einmal ca. 3.500 – 4.000 UMA's durch den bundesweiten Länderausgleich. NRW ist hier noch immer sogenanntes „Nehmerland“. Die UMA's werden auf Grundlage der Gesamtanzahl im Land auf die Jugendämter verteilt. Derzeit wird von einem Verteilschlüssel von 1 : 1.750 Einwohner im Zuständigkeitsbereich ausgegangen. Für das AKJF bedeutet dies die Versorgung von ca. 100 UMA's. Zum Vergleich ist dies ungefähr die Anzahl der durchschnittlichen jährlichen Heimunterbringungen im AKJF. Dabei ist bereits jetzt abzusehen, dass sich der Schlüssel weiter verringern wird. Er prognostiziert hierzu die Unterbringung von bis zu 160 UMA's.

Frau Frölich stellt den Ausschussmitgliedern Herrn Baumers und Frau Brehm vor, die die neu eingerichtete „Fachstelle UMA“ bilden. Sie stellt anschließend wesentliche Informationen anhand einer Powerpoint-Präsentation dar (*Anmerkung: Die Powerpoint-Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt*).

In der Folgezeit stellen die Ausschussmitglieder zahlreiche Fragen rund um die Unterbringung und Begleitung der UMA's. Auf Grund der vielen Wortmeldungen schlägt Herr Dr. Börger abschließend vor, den Punkt planmäßig in jedem der kommenden Ausschüsse anzusprechen, um offene Fragen zu klären. So können die Ausschussmitglieder laufend Informationen bekommen und offene Fragen im Ausschuss beantwortet bekommen. Mit diesem Vorschlag sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Frau Claßen verlässt die Sitzung nach dem Tagesordnungspunkt um 16:46 Uhr.

5.	Gewährung eines Zuschusses zu den Ausstattungs-/Einrichtungskosten für die neue Gruppe in dem Evangelischen Paul-Gerhardt-Kindergarten in Telgte	179/2015
-----------	---	-----------------

Herr Luster-Haggeney verliest den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Zahlung eines Zuschusses von bis zu 15.000 € für die Ausstattung-/Einrichtungskosten der neuen Gruppe in der evangelischen Kindertageseinrichtung Paul-Gerhardt in Telgte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 13

6.	Gewährung eines Zuschusses für die Kindertageseinrichtung "Biberburg" in Sendenhorst-Albersloh wegen eines Wasserschadens	180/2015
----	--	-----------------

Herr Luster-Haggeney verliest den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die Zahlung eines Zuschusses von bis zu 5.100 € an die Kindertageseinrichtung „Biberburg“ zur Begleichung der ungedeckten Kosten des Wasserschadens.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 13

7.	Rahmenvereinbarung zum Ausschluss der Tätigkeit einschlägig Vorbestrafter in der Kinder- und Jugendhilfe	124/2015
-----------	---	-----------------

Herr Schmal erklärt, wie es zu der Rahmenvereinbarung gekommen ist. Diese wurde zwischen den Jugendämtern im Kreis und den Vereinen und Verbänden abgestimmt. Künftig soll nur noch eine Förderung von Vereinen und Verbänden durch den Kreissportbund erfolgen, wenn die Rahmenvereinbarung unterzeichnet ist.

Frau Pley gab an, dass sie Informationen über einen Gesetzesentwurf hat, der vorsieht, dass z.B. auch Reinigungskräfte und sonstige Dienstleister, die in Kontakt mit Kindern kommen können, von der Pflicht zur Vorlage eines Führungszeugnisses betroffen sind. Herrn Rüting ist ein neuer Gesetzesentwurf nicht bekannt. Er verweist auf die gelten Vorschriften im SGB VIII.

Herr Fiedlers unterstützt die Forderungen nach mehr Kinderschutz in den Vereinen. Er hinterfragt jedoch die Kostentragungspflicht für die Einholung der Führungszeugnisse. Herr Schmal antwortet, dass die Führungszeugnisse für diesen Zweck kostenfrei angefordert werden können. Hierzu gibt es ein Papier, dass er gerne bei Bedarf nachreichen will.

Da es keine weiteren Fragen gibt, verliert Herr Luster-Haggeney den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Entwurf beigefügte Rahmenvereinbarung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben mit freien Trägern der Jugendhilfe sowie Vereinen und Verbänden abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 13

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Luster-Haggeney die Sitzung um 16:57 Uhr.

Rudolf Luster-Haggeney
Vorsitz

Dr. Heinz Börger
Schriftführer